

CDU-Fraktion

im Rat der Gemeinde Bohmte

Pressemitteilung

Bohmte, 26. Februar 2023

Bund der Steuerzahler untersucht Steuerverschwendung am Bohmter Bahnhof CDU-Fraktion sieht sich durch die Untersuchungen in der Auffassung bestätigt

Nachdem das von drei Wittlager Gemeinden gemeinsam koordinierte Projekt zur Errichtung einer Fahrradabstellanlage in Bohmte durch einen Mehrheitsbeschluss der SPD, Grünen, Linken und FDP/Sundmäker gestoppt wurde, untersucht nun der Bund der Steuerzahler das Projekt im Hinblick auf die Verschwendung von Steuergeldern.

Noch in der Ratssitzung im Juli 2021 hatten alle Ratsmitglieder einstimmig für das ÖPNV-Konzept und die Fahrradabstellanlage gestimmt und die Verwaltung mit der Umsetzung auf den Weg geschickt. Zum Jahreswechsel 2022/2023, als die Anlage bereits bestellt und das Fundament fertiggestellt war, stoppte dann die Mehrheit aus SPD, Grüne, Linke und FDP/Sundmäker gegen die Stimmen der CDU das Projekt. Die bereits zugesagte Förderung schlug man dadurch aus. Aber viel schlimmer: Das bereits mit Steuergeld bezahlte und erstellte Fundament wird nun nicht gebraucht. Die Kosten für das bereits bestellte Fahrradabstellanlage muss sich die Gemeinde durch den Beschluss ebenfalls an Bein binden.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Marcus Unger, dazu: „So geht man mit dem Geld der Bürger der Gemeinde Bohmte nicht um. Das ist Steuerverschwendung.“ Der Vorsitzende des CDU-Gemeindeverbandes Bohmte Markus Kleinkauertz ergänzt: „In Bad Essen und Ostercappeln stehen die Fahrradabstellanlagen bereits. Das hätten wir jetzt auch schon haben können. Die Pendler warten nun weiter auf eine abschließbare Abstellmöglichkeit. Wir könnten bei vielen Projekten schon weiter seien, wenn Beschlüsse nicht immer wieder zurückgeholt würden. Das kostet häufig viel Geld, das an anderer Stelle gut eingesetzt werden könnte.“

In der Ratssitzung im Dezember 2022 war die Sitzung sogar bei dem Tagesordnungspunkt unterbrochen worden. Die CDU-Fraktion hat in der Sitzungsunterbrechung den anderen Fraktionen angeboten das Thema zu vertagen, um im Rahmen der Möglichkeiten nach einem Kompromiss zu suchen, um eine für alle tragbare Lösung zu finden. Das Angebot schlug die Mehrheit aus SPD, Grüne, Linke und FDP/Sundmäker aus.

Unger dazu: „Wir haben damals in der Ratssitzung versucht einen Beschluss zu erwirken, der diese Mittelverschwendung verhindert. Angesichts der Haushaltslage ist der Umgang mit den Finanzmitteln seitens der Mehrheit im Rat verantwortungslos.“

Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Mathias Westermeyer meint dazu: „Dass der Steuerzahlerbund jetzt den Fall untersucht, darf die Kolleginnen und Kollegen der SPD, Grünen, Linke und FDP/Sundmäker nicht überraschen. Wir haben damals auf die Verantwortungslosigkeit des Beschlusses hingewiesen.“